

## **Roland Eckert**

### **Curriculum Vitae: Die Forschungsfragen**

(die Ziffern in den Klammern beziehen sich auf das Schriftenverzeichnis)

#### *1. Vorbemerkung: Themen und Methoden*

Gewaltfreiheit in sozialen Konflikten ist evolutionstheoretisch gesehen voraussetzungsreicher als Gewalttätigkeit. Daher ist auch heute die Frage nach den Bedingungen von Gewaltfreiheit zu stellen, und zwar sowohl hinsichtlich der Regulierung von Konflikten in der Gesellschaft insgesamt als auch der Verankerung von friedlichen und demokratischen Orientierungen im Lebensweg der einzelnen Menschen. In der Forschung gibt es dafür unterschiedliche wissenschaftliche Zugangsweisen: Die Besonderheiten gesamtgesellschaftlicher Rahmenbedingungen lassen sich am ehesten durch kulturalanthropologisch und historisch vergleichende Strukturanalysen erfassen, die konkrete Herausbildung von „subjektivem Sinn“ erfolgt dagegen in sozialen Interaktionsprozessen, die letztlich nur in qualitativen Studien verstanden werden können. Gesellschaftliche Konfliktregulierung und Sozialisation von Gewaltfreiheit hängen indessen zusammen. Daher müssen strukturvergleichende Überlegungen und qualitative Prozessanalysen immer wieder auf einander bezogen werden. Dies mag zunächst recht abstrakt klingen. In zwei Publikationen habe ich in den letzten Jahren versucht, die Ergebnisse meiner/unserer Forschung anschaulicher darzustellen (232; 233). Da ich mich entsprechend der Widmung meines Lehrstuhls in der „speziellen Soziologie“ mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen befasse, habe ich mich mit der Wirkung von Kindheit und Familie nur insoweit empirisch befasst, als es um ihre Bedeutung für politisch motivierte Gewalt von Jugendlichen auf dem linken und rechten politischen Spektrum geht (132). Der Einfluss der Sozialisation in der Kindheit auf Fremdenfeindlichkeit ist von meinem Kollegen Klaus Wahl aufgeheilt worden, dessen Ergebnisse ich übernehmen konnte. Die folgende Darstellung orientiert sich an den Linien meines Lebenslaufs, möchte aber vor allem den inneren Zusammenhang der Fragen und Antworten deutlich machen.

#### *2. Alfred Weber und die Entdeckung der Spontaneität in der Soziologie*

Von 1957 – 1967 studierte ich Geschichte, Philosophie, Politikwissenschaft und Soziologie in Tübingen, Hamburg und Freiburg. Besondere Bedeutung bekam für mich die vergleichende Kulturalanthropologie und die phänomenologisch-interaktionistische Soziologie, die von den damals jungen Gastdozenten Friedrich H. Tenbruck und Thomas Luckmann am Seminar für wissenschaftliche Politik und Soziologie der Universität Freiburg vermittelt wurden.

Tenbruck arbeitete an seiner Habilitationsschrift, in der er Elemente der kulturanthropologischen Evolutionstheorien (vor allem Robert Redfield) mit Einsichten des Symbolischen Interaktionismus zu einer Typologie von Gesellschaften zusammenfügte. Angesichts meines Interesses an Phänomenen des sozialen Wandels schlug mir Professor Arnold Bergstraesser eine Dissertation über die Kultursoziologie von Alfred Weber vor (1). Diesem ging es in der ausgreifenden Tradition der älteren Soziologie um nicht weniger, als die Bewegungsfiguren der „Weltgeschichte“ zu entschlüsseln. Neben dem kumulativen Fortschritt in Wissen und Technik, den er als *Zivilisationsprozess* bezeichnete sowie einem eher reversiblen Prozess der Machtakkumulation in Herrschaftsverbänden, den er als *Gesellschaftsprozess* bezeichnete, sah er eine *Kulturbewegung* am Werk, in der die „seelischen Kräfte der Menschen“ auf die durch die beiden anderen Prozesse immer wieder veränderte Daseinslage reagieren, um sie neu zu durchdringen. In dieser Dreiteilung wird ein Versuch sichtbar, den Glauben an den technischen Fortschritt und den Willen zur Macht einerseits anzuerkennen, andererseits aber in seinem Erklärungsanspruch zu begrenzen: Kultur schreitet nach Alfred Weber nicht kumulativ voran, sondern bleibt eine immer neue und spontane Antwort der Menschen auf Lebensbedingungen, die ihnen fremd geworden sind.

Bedeutsam war für mich dabei das Konzept der Spontaneität, nicht aber seine Beschränkung auf den Bereich symbolischer Manifestationen. So sehr diese auch als Widerspruch zu vorgefundenen Daseinsbedingungen oder als Beschwörung einer glücklichen Welt verstanden werden können, ist Spontaneität nicht minder im wissenschaftlich-technischen Fortschritt und im Machtstreben wirksam. Die Konzeption, die der Sozialpsychologe George H. Mead zeitgleich mit seinem Begriff des I in Abgrenzung von einem Me entwickelt hat, schien mir daher geeigneter, die kreativen Elemente menschlichen Handelns zu erfassen. Sie lässt freilich die Frage nach den Prozessen kultureller Evolution offen, die Alfred Weber im Blick hatte und die ich später in meiner Suche nach Formen und Entwicklung von Konfliktregulierung wieder aufgenommen habe. (138; 233 Kap. 2,1.)

### 3. Drei Fragen nach dem Epochenbruch von 1968

Nach dem Tod von Bergstraesser wurde ich 1968 von den Professoren Dieter Oberndörfer und Heinrich Popitz in Freiburg promoviert und ging als wissenschaftlicher Assistent an das soziologische Seminar der Universität Tübingen zu Professor Tenbruck. Es war eine Zeit sich zuspitzender Konflikte an den Universitäten und eines tiefgreifenden Kulturwandels in der jüngeren Generation des Bildungsbürgertums (d.h. der gesellschaftlichen Schicht, die sich

durch die Aneignung von Bildung konstituiert). In dieser Situation stellte sich vor dem Hintergrund einer Theorie sozialen Wandels eine Reihe von Fragen:

Die *erste Frage* war, wie sich das Verhältnis von Wissenschaft und Demokratie bestimmen lasse (3). Der Ausgangspunkt meiner Überlegungen war das strukturelle Ungleichgewicht zwischen Fachleuten und Laien, das mit dem von Durkheim beschriebenen Übergang von einer mechanischen zu einer organischen Solidarität entsteht. Je mehr Fachleute in einer Gesellschaft durch wissenschaftlichen Fortschritt und zunehmende Arbeitsteilung ausgebildet werden, umso mehr Laien sind auf ihre Hilfe angewiesen, um ihre eigenen Ideen und Interessen verfolgen zu können. Den allseitig kompetenten Bürger, der nach der Hoffnung des jungen Marx die „Gattungsentfremdung“ überwindet, kann es angesichts der zunehmenden Kluft zwischen dem gesellschaftlich relevantem und dem individuell erwerbbar Wissen nicht geben. In dieser Lage werden Wissenschaftler dem Selbstbestimmungsrecht der Bürger in einer demokratischen Gesellschaft am ehesten gerecht, wenn sie die Handlungsmöglichkeiten (und die Grenzen derselben) aufzeigen, ohne für sich in der Tradition der Religionen (oder der Ideologien des 20. Jahrhunderts) eine privilegierte Kompetenz zur Setzung von Zielen zu beanspruchen: Gleichwohl müssen sie über die Folgen ihrer Erkenntnisse nachdenken. „Der Inhalt der Physik geht die Physiker an, die Auswirkungen alle Menschen. Was alle angeht, können nur alle lösen“ (Friedrich Dürrenmatt). Um mit ihren Sachaussagen zu einem demokratischen Prozess beizutragen, sollten sie sich bemühen, ihre Erkenntnisse auch den Laien in deren Problemhorizont verständlich zu machen. Nicht nur die Öffentlichkeit ihrer Ergebnisse, sondern auch die kritische Beratung der Politik und die politische Bildung gehören darum zum Auftrag von Wissenschaft.

Eine *zweite Frage* galt der Demokratie als institutionellem Rahmen von Selbstbestimmung (9; 21; 24). Mit *freien Wahlen und Koalitionsfreiheit in der politischen Willensbildung*, mit der *Monopolisierung legitimer Gewalt* durch den Staat und mit der *Kontrolle beider durch das Rechtssystem* schien mir – wie vielen in meiner Generation – die grundsätzliche Form gefunden, in der politische Auseinandersetzungen gewaltfrei ablaufen können. Mehr und mehr zeigte sich im Lauf der sechziger Jahre jedoch, dass es nicht gelang, grundlegende Konflikte auf die „Schiene“ geregelter Verfahren zu bringen. Was waren die Gründe für die erneute Ausbreitung von Straßenkämpfen, die böse Erinnerungen an die Weimarer Republik wach riefen? Ausgehend von der politikwissenschaftlichen Unterscheidung zwischen

„Interessenartikulation“ und „Interessenaggregation“ als den beiden Funktionen von Parteien (Almond & Powell) stellte ich fest, dass die oligopolistische Konkurrenz der „politischen Großanbieter“, der Parteien und Verbände im Kampf um die Mehrheit immer mit der Gefahr verbunden ist, die *Artikulation* von speziellen und zunächst noch nicht mehrheitstauglichen Interessen zu verdrängen - was sich in den siebziger Jahren sowohl bei lokalen, als auch nationalen, globalen und ökologischen Problemen zeigte. In die so entstandene „Lücke“ in der Artikulation dringen dann „politische Kleinanbieter“ ein, die mit spektakulären und telegenen „Artikulationsformen“ die Öffentlichkeit mobilisieren und etablierte „Aggregationen“ unter Druck setzen. Wenn man auf diese Weise die „ökonomische Theorie der Demokratie“ (Schumpeter; Downs) erweitert, können Bürgerinitiativen und neue soziale Bewegungen als Komplementärserscheinung zu Parteien und Verbänden gewürdigt werden. Dieser Prozess der Ausdifferenzierung politischer Konfliktlinien schien mir mit der „partizipatorischen Revolution“ (Kaase) in den ausgehenden sechziger Jahren einherzugehen. Damit entstand eine neue Sensibilität für soziale, kulturelle und ökologische Probleme. Zugleich wurden neue Anstrengungen zur Überführung der damit einhergehenden Konflikte in institutionelle Formen der Regulierung, wie etwa der Verbandsklage und einer „Gegenlobby“ nötig (57; 233 Kap 2.2).

Eine *dritte Frage* konnte ich nach meiner Ernennung zum wissenschaftlichen Rat und Professor an der Universität Trier-Kaiserslautern im Jahre 1973 bearbeiten. Sie galt dem Postulat der „Selbstverwandlung“, das in den neuen sozialen Bewegungen mit dem Impetus der Gesellschaftsveränderung einherging - oft mit dem Bewusstsein, an der Transformation zu einem Neuen Menschen mitwirken zu können. In einer Studiengruppe der Werner Reimers Stiftung habe ich zusammen mit Ethnologen, Historikern und Arbeitswissenschaftlern zu erkunden versucht, wieweit der Wandel der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen Produktion und Reproduktion, bzw. von Erwerbs- und Familienarbeit in der Moderne Freiräume für die partnerschaftliche Selbstdefinition der Geschlechterrollen eröffnet (16). Mit meinem Kollegen Alois Hahn habe ich gleichzeitig in einer quantitativen Längsschnittstudie die Prozesse und Ergebnisse der wechselseitigen Rollendefinitionen in jungen Ehen vor und nach der Geburt eines Kindes erhoben (64), in der die alltägliche Arbeitsteilung zum Problem wird.

Ein anderes Feld der Selbstverwandlung eröffnete sich mit dem Milieu der Encounter- und Selbsterfahrungsgruppen, das sich in den siebziger Jahren ausbreitete und den Anspruch

erhob, tradierte Identitätsvorgaben zu zertrümmern. Für Soziologie und Pädagogik stand damit das konservative Axiom des notwendigen „Außenhalts der Institutionen“ (Gehlen) auf dem Prüfstand. Die nähere Betrachtung der Abläufe durch teilnehmende Beobachtung zeigte, dass die gruppenspezifischen Verfahren, in denen Regeln aufgehoben und Identitätsvorgaben aufgelöst werden, selbst durchaus als Institution verstanden werden können (31). Sie zeigte aber auch, dass langfristig neue, stärker individualisierte und vielleicht elastischere Identitätsdefinitionen an die Stelle der überkommenen Schemata treten und insofern manche öffentlich geäußerte Bedenken unbegründet waren. Eine dauerhafte Prozessualisierung von Identität im Lebenslauf, wie sie vielfach unterstellt, gefordert oder befürchtet wurde, erschien dagegen unwahrscheinlich zu sein.

#### *4. Mediengeschichte, kulturelle Differenzierung und jugendliche Cliquesbildung*

Nach einem Jahr als außerordentlicher Professor an der Universität zu Köln wurde ich 1975 wieder nach Trier berufen. Jetzt gelang es, kontinuierlich arbeitende Forschungsgruppen aufzubauen. Meinen Mitarbeitern Helmut Willems, Rainer Winter, Thomas Wetzstein und Stefanie Würtz bin ich bis heute für den außerordentlichen Einsatz dankbar, den sie zur Klärung von gesellschaftlichen Schlüsselfragen geleistet haben. (Demgemäß werde ich im Folgenden häufig von „wir“ sprechen). Zentrales Thema war der strukturelle und kulturelle Wandel, der die Jugendphase zunehmend bestimmt und auch für die Gewaltfrage bedeutsam ist. Cliques, kulturelle Szenen und soziale Bewegungen werden für die Ausbildung persönlicher Identität im Jugendalter immer wichtiger - ein Befund, der auch in zeitvergleichenden quantitativen Untersuchungen (Allerbeck/Hoag) aufscheint und nicht zuletzt zu den Voraussetzungen der „partizipatorischen Revolution“ gehörte. Neben der Lockerung der ökonomischen Verklammerung der Generationen (61), neben der Expansion des Schul- und Hochschulsystems schien mir dabei auch die Evolution der Kommunikationsmedien bedeutsam zu sein (59; 75). Über Radio, Fernsehen bis hin zum Internet wird heute eine weltumspannende und hochgradig standardisierte Alltagskultur hergestellt und werden viele Traditionen eingeschmolzen. Auf der anderen Seite - und das wird manchmal übersehen - eröffnen sich aber zugleich „postmoderne Märkte“, auf denen immer mehr spezialisierte Lebenswelten sich annoncieren und „Wahlnachbarschaften“ (232 Kap.6.2) begründen. Emotionale Dispositionen, die sich z.B. in der Kindheit herausgebildet haben (132; 151), können nun Kristallisationspunkte der jeweiligen Zugehörigkeit bilden (77; 83; 175). Jugendliche „flanieren“ dann gleichsam in den „Ladenstraßen“ medialer Angebote und registrieren die dort präsentierten Handlungsmuster. Sie sind nichtsdestoweniger häufig

selbst kreativ und wollen auf einem dieser Märkte „groß herauskommen“ (232 Kap 2). In Cliques und Szenen eröffnen sich ihnen Räume für tiefgreifende Initiationen: Als „Adepten“ können sie eine Karriere vom bloß neugierigen „Touristen“ zum „freak“, bzw. vom nachahmenden „poser“ zum authentischen Könnern, dem „real“ durchlaufen (77; 79; 124).

In qualitativen Studien haben wir versucht, den „subjektiv gemeinten Sinn“ (und die Bedeutung von Gewalt in ihm) zu ermitteln, der in diesen „Spezialkulturen“ von Jugendlichen und jungen Erwachsenen erzeugt wird (162; 164; 232 Kap.2). In ergänzenden quantitativen Untersuchungen haben wir den „Marktanteil“ einzelner Szenen bestimmt und dabei auch nach den Jugendlichen gesucht, die sich nicht festlegen (201, 232 Kap.6)). Es zeigte sich, dass nur ein kleinerer Anteil der Gruppen konsequent „kulturproduktiv“ (A, Weber) ist, dass aber fast die Hälfte der Jugendlichen sich an den Handlungsmustern orientiert, die von diesen aktiven Gruppen markiert worden sind. Eine besondere Bedeutung hat dabei die Übernahme und Fortentwicklung neuer technischer, sportlicher und musikalischer Möglichkeiten. Sie werden in der interindividuellen Konkurrenz um Ansehen und erotische Zuwendung als Alleinstellungsmerkmal eingesetzt (77; 79; 86; 96; 111; 122; 124). So entsteht eine Distinktionspraxis, die dem Kampf um „kulturelles Kapital“ ähnlich ist, wie Bourdieu ihn für gesamtgesellschaftliche Klassenlagen ausformuliert hat. In den „Szenen“ geht es allerdings kaum um das symbolische Kapital von Klassen insgesamt. Jede Szene produziert vielmehr über symbolische Abgrenzung ihre eigene Rangordnung. Diese ist umkämpft und wird gegen konkurrierende Personen und Gruppen verteidigt. Gewalt kann dabei sowohl Mittel als auch Selbstzweck sein (wenn sie z.B. bereits von vorneherein die Anziehungskraft der jeweiligen Szene begründet hat (103; 175)).

Dieser Prozess führt in manchen Fällen zu einer zirkulären Legitimation von Gewalt (122). Die sozialpsychologische Theorie der sozialen Identität (z.B. Tajfel, Turner) dürfte die aktive Herausbildung von „feinen Unterschieden“ (Bourdieu) in den kulturell spezialisierten Szenen von Jugendlichen und Erwachsenen am ehesten auf den Begriff bringen (153). In Studien über Cliqueskonflikte haben wir geprüft, welche Strategien dabei erkennbar sind und welche Interventionsstrategien für die Kommunen, Sozialpädagogen, Polizeibeamte und Lehrer offen stehen, um Gewalt als Verkehrsform zu delegitimieren. (215; 232 Kap.3 und 4).

##### *5. Möglichkeiten und Grenzen der schulischen Erziehung*

Jugendliche durchlaufen in spezialisierten Cliques und Szenen intensive und zumeist selbstbestimmte Lernprozesse. Schulische Lernen steht daher mit außerschulischen Lernorten in Konkurrenz: um die Köpfe der Schüler und Schülerinnen. Inwieweit Schulen Formen des Selbstlernens in Gruppen realisieren können, war der Gegenstand der Begleitung einer Reihe von praktischen Projekten an Hauptschulen in Rheinland-Pfalz und in dem Programm „Demokratie Lernen und Leben“ der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (174; 213; 214). Die Vermittlung von demokratischen Werten in der Erziehung dürfte ein zweistufiger Prozess sein: am Anfang müssen Erfahrungen aus kritischen Situationen wie Streit, Benachteiligung oder nur gemeinsam zu lösenden Problemen stehen. Wenn diese Erfahrungen dann entsprechend interpretiert werden, können demokratische Tugenden wie Streitschlichtung, Gleichheit und Solidarität Sinn machen. Weder bloße Erfahrungen, noch bloße Belehrungen je für sich führen dagegen weiter. Nur die Verbindung von Erfahrung und Orientierung kann zu demokratischen Orientierungen beitragen. Schulische Programme zur Streitschlichtung haben in diesem Sinn bereits in den vergangenen 20 Jahren erkennbar zur Reduktion von Gewalttätigkeit beigetragen.

Sie setzen aber voraus, dass Schulen von den Schülern überhaupt als persönliche Chance wahrgenommen werden. An die zehn Prozent eines Jahrgangs erreicht jedoch heute keine hinreichende Qualifikation, um eine Berufsausbildung zu beginnen, durchzuhalten oder einen Arbeitsplatz zu finden. Dies ist nicht mit einem „Niedergang“ der Schulen zu erklären, sondern durch die erhöhten Anforderungen, die in Stammarbeitsplätzen gestellt werden. Einfache Arbeit ist vielerorts wegrationalisiert oder sichert nicht mehr den Lebensunterhalt. Selbständiges, verlässliches Handeln und die Fähigkeit, neue Probleme zu lösen, werden immer wichtiger. In den Schulen führt zudem der „Rüttelrost“ der Selektion durch Sitzenbleiben dazu, dass Positiv- und Negativkarrieren entstehen. Zurückverwiesene Schüler und Schülerinnen agieren ihre Frustrationen in den oberen Klassen der Hauptschulen aus und geben als Ältere ihre Selbstbehauptungstechniken an die Jüngeren weiter. (179; 232, Kap.5). Cliques werden dabei zu einem instabilen Rückzugsraum für aggressive oder depressive Jugendliche (201). Bei solchen Jugendlichen kann Schule in der bisherigen Form kaum als Akteur der Erziehung zu Demokratie, Toleranz und Gewaltfreiheit fungieren. Unter fremdenfeindlichen Gewalttätern haben wir eine erhebliche Anzahl von Jugendlichen gefunden, die von Negativkarrieren gezeichnet waren, die in der Familie begonnen hatten und sich in der Schule und Berufsausbildung verfestigt hatten (104). Bei manchen Jugendlichen aus eingewanderten Familien ist diese Problemlage verschärft zu erkennen (158). Zusammen

mit einer Reihe von Kollegen aus Psychologie, Kriminologie, Soziologie und den Wirtschaftswissenschaften habe ich daher mit einem Aufruf „Zukunftsinvestition Jugend – Sicherung der Minimalqualifikationen für den Arbeitsmarkt, Konfliktschlichtung und moralische Erziehung als öffentliche Aufgaben“ im Jahre 1998 (150) darauf hingewiesen, dass die Hauptschulen und manche berufsbildenden Schulen vor den schwierigsten Aufgaben im Schulsystem insgesamt stehen und Hilfestellung benötigen. Unser Konzept „Herausforderung Hauptschule“ versuchte, das praktische Wissen erfolgreicher Schulen zu systematisieren und an andere Schulen weiterzugeben. Es gelang uns, eine Reihe von Projekten zu realisieren (213; 214; 216). Leider haben die Finanznöte der Länder mittlerweile die Verallgemeinerung solcher Modellversuche verhindert

### *6 Politisch motivierte Gewalt*

Der Linksterrorismus in den späten siebziger Jahren warf die Frage auf, unter welchen Bedingungen gesellschaftliche Konflikte gewalttätig eskalieren. Dafür spielen nicht nur spezifische Ausgangskonflikte eine Rolle, sondern auch die sich in dem Verlauf herausbildenden Gruppenprozesse *und* der Umgang der staatlichen Instanzen mit diesen. Dies war 1978 für die RAF nachzuzeichnen (12; 233 Kap. 5.2). Mit der Friedensbewegung und der Ökologiebewegung der achtziger Jahre stellte sich - ungeachtet ihres meist friedlichen Charakters - die Frage nach der Interaktion von Bewegungen und staatlichen Akteuren aufs Neue. Wir haben versucht, hier mit qualitativen Methoden Aufklärung zu schaffen. Gestützt auf Protokolle von Gruppendiskussionen, Einzelinterviews und Fallbeispielen, haben wir sowohl bei Demonstranten als auch Polizeibeamten die subjektive Realität der Handelnden und deren Verwandlung in der Konfrontation nachgezeichnet. Die Ergebnisse auf beiden Seiten haben wir auf einander bezogen und auf Eskalationsschleifen hin geprüft (60; 63; 69; 233 Kap.3.3). Die Projekte konnten zu einem Deeskalationskonzept beitragen, das mittlerweile anerkannt, wenngleich immer noch unzureichend verwirklicht ist.

Daraus entwickelte sich ein Projekt von Handlungsforschung: Polizeibeamte, Kommunalpolitiker, Vertreter von Chemie- und Energieunternehmen auf der einen Seite, Bezugsgruppen der Friedens- und Ökologiebewegung andererseits wurden veranlasst, je für sich in Pro-Contra-Diskussionen die Argumente auch der jeweiligen Gegenseite zu vertreten (88; 233 Kap.3.4) Wir wollten herausfinden, inwieweit Perspektivenübernahme zu einer Rationalisierung des Konfliktgeschehens beiträgt und welche Hinderungsgründe auf der einen oder der anderen Seite wirksam werden. Ein Ergebnis war, dass auf der Seite der Neuen



sozialen Bewegungen die hohe Bedeutung der Streitthemen für die persönliche Identität ein Hinderungsgrund für die Vertretung der gegnerischen Argumente im Rollenspiel war. Im Unterschied dazu betrachteten die Institutionenvertreter die Perspektivenübernahme eher als Mittel eines professionellen Argumentationstrainings, was ebenfalls empathische Lernprozesse erschwerte. Dennoch versicherten beide Seiten, ein besseres Verständnis der Gegenseite gewonnen zu haben. Ein Deeskalationseffekt dürfte also doch wahrscheinlich sein. Festzuhalten ist aber angesichts dieser Experimente: die postmoderne Ausdifferenzierung von Lebenswelten macht Toleranz zwar möglich, aber keineswegs sicher. Barrieren der Verständigung werden also immer wieder zu bearbeiten sein.

### *7. Fremdenfeindliche und rechtsextreme Gewalt*

In den neunziger Jahren kam es zu einer grundlegenden Herausforderung der von uns konzipierten Konfliktforschung. Was waren die Ursachen der vielfach tödlichen Gewalt gegen sogenannte Fremde, die nicht mehr nur wie in den achtziger Jahren von kleinen rechtsextremen Zirkeln, sondern von einer fremdenfeindlichen Bewegung mit Rückhalt in Teilen der Bevölkerung verübt wurde? Wir bekamen die Chance, über einen Fragebogen das Wissen der Staatsschutzabteilungen an den Polizeipräsidien Deutschlands abzufragen. Um diese institutionelle Sicht zu kontrollieren, haben wir die polizeilichen Daten mit der Auswertung von Zeitungsartikeln, Experteninterviews und Gerichtsakten trianguliert. Es zeigte sich, dass nicht einfach bestehende Vorurteile in Handlungen umgesetzt wurden, sondern dass sich auf kommunaler und parlamentarischer Ebene Konflikte aufgebaut hatten, die anfangs durchaus hätten bearbeitet werden können. Stattdessen verschärfte eine politische Debatte über die Abwehr von „Scheinasylanten“ die Lage. Gewalttaten, die vor diesem Hintergrund verübt wurden, gewannen als „Fanale“ umso mehr Aufmerksamkeit und Nachahmung, je blutiger sie waren. Das Legitimationsmuster der Gewalttäter war immer wieder, dass man für eine „durch Einwanderer bedrohte Heimat“ handeln müsse. Neben dezidiert rechtsextremen „Ideologen“ und neben schon in der Kindheit existenziell verunsicherten „Fremdenfeinden“ waren zumeist männliche „Schläger“ beteiligt, die während ihres Aufwachsens passive und später aktive Erfahrungen mit Gewalttaten hatten und nun für sich eine Karriere vom Schläger zum Kämpfer entdeckt hatten (98, 161). Das Zusammenwirken dieser unterschiedlichen Personengruppen spielte in der Dynamik der Ereignisse eine Rolle (104; 119; 233 Kap 4,1 und 4.2).

Auch in der Polizeiarbeit können fremdenfeindliche Motive eine Rolle spielen – oder in bestimmten Situationen entstehen. Dies war Gegenstand einer kleinen Studie zusammen mit dem Sozialpsychologen Manfred Bornwasser, in der wir auf unsere in den achtziger Jahren entwickelten qualitativen Erhebungsmethoden zurückgreifen konnten (129; 133). Es ergaben sich eindrucksvolle Anzeichen dafür, dass belastende Einsatzbedingungen die Gefahr von Übergriffen im Sinne einer „Selbstjustiz“ erhöht und deswegen erheblicher Handlungsbedarf besteht.

Der Verlauf gewalttätiger Konfrontationen dieser Art werden am ehesten in den kulturanthropologischen Untersuchungen zu ethnischen Konflikten thematisiert (138). Die Korrelationen in den quantitativen Erhebungen der Soziologen und Kriminologen bilden dagegen den Prozesscharakter des Geschehens kaum ab, liefern allerdings Informationen über die gesellschaftliche Verbreitung der in ihm erzeugten Einstellungen und Handlungsmuster. Bei den Gegenmaßnahmen erschien uns am wichtigsten, die öffentliche Anerkennung in Frage zu stellen, derer sich die fremdenfeindlichen Akteure in ihrem lokalen Umfeld sicher zu sein glaubten. Dies ist mittlerweile in vielen Orten Deutschlands durch Bürgerinitiativen und Bündnisse gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt geschehen.

#### 8. *Terrorismus*

Mit dem 11. September 2001 rückte Terrorismus (nun in einer sich religiös definierenden Form) wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Es lässt sich eine innere Logik im Entstehen terroristischer Bewegungen aufzeigen (206; 210; 233 Kap. 6.2): Am Beginn stehen Wahrnehmungen der Deprivation eines Kollektivs, dem man sich zurechnet oder mit dem man sich solidarisch fühlt. „Fraternale relative Deprivation“ (wie dieser Konflikttypus seit Runciman genannt wird) führt jedoch nicht automatisch in die Gewalt. Es bedarf dazu einer Transformation der Identität der Akteure. Soziale Identität ist normalerweise an unterschiedlichen sozialen Bezügen orientiert, die sich wechselseitig relativieren. Durch gewalttätige Schlüsselereignisse wird zunehmend *eine* gedachte Gemeinschaft zum dominierenden Bezugspunkt. „Märtyrer“ und „Helden“ sind dabei nicht nur Folgen, sondern auch Mittel der Eskalation. Sie liefern die Evidenz, dass das jeweilige Kollektiv gerettet oder zum Sieg geführt werden müsse. Mit der Verabsolutierung der kollektiven Identität gehen dann die Abschließung nach außen und die Intensivierung der internen Kommunikation einher. Es entsteht in den Bewegungen eine Überbietungskonkurrenz im Hinblick auf die hochbewerteten Eigenschaften von Entschlossenheit und Opferbereitschaft. Gewaltereignisse

treiben als Fanale die Feindschaft voran, bis die Handelnden schließlich bereit sind, ihr eigenes Leben und das der „Feinde“ (oder auch von Unbeteiligten) zu opfern. Weil es sich dabei - aus der Sicht der Akteure – um eine altruistische Gewalt handelt, ist sie weitgehend sanktionsresistent. Erlebte oder überlieferte Schlüsselereignisse (Vamik Volkan: „chosen traumas, chosen glories“) spielen eine zentrale Rolle in der Traditionsbildung. Offenbar ist der Mensch gefährlich, nicht *obwohl*, sondern *weil* er ein soziales Wesen ist und sich auf die realen oder gedachten Gemeinschaften hin transzendiert, denen er sich zugehörig fühlt. Seine Feinde liebt er selten. Empathie wird nur selektiv aufgebracht und kommt in den „Freund–Feindbeziehungen“ des „Ausnahmestands“ (Carl Schmitt) kaum mehr vor. Umso wichtiger wird demgegenüber die Definition der Zugehörigkeit zu *der* Menschheit auf einem gefährdeten Globus.

Ich hatte Gelegenheit, meine Thesen nicht nur in Deutschland, sondern auf Tagungen in der Türkei, in Israel, Mexiko, Pakistan und Sri Lanka zu diskutieren. Es ist allerdings auch ein Fall zu benennen, den ich nicht rechtzeitig erkannt habe. Bei der Darstellung von politisch motivierter Gewalt und Terrorismus im zweiten periodischen Sicherheitsbericht der Bundesregierung 2006 habe ich mich durch die Sicherheitsbehörden davon überzeugen lassen, dass es kaum Rechtsterrorismus in Deutschland gebe. Das damals als geheim klassifizierte und mittlerweile geleakte „BfV-Spezial Rechtsextremismus Nr. 21“ des Bundesamtes für Verfassungsschutz zeigt mir heute, dass die tatsächlichen Informationen der Sicherheitsbehörden eine ganz andere Sprache gesprochen haben, aber jeweils in ihrer Bedeutung negiert wurden. Ich habe dies zum Anlass genommen, 2012/13 das Handeln und die vermutlich allzu „konsensorientierte“ Meinungsbildung (240) in den Sicherheitsbehörden in Bezug auf den NSU zu analysieren, soweit ich sie rekonstruieren kann (235). Die Analyse staatlichen Handelns oder Nichthandelns dürfte für die Erkenntnis der Eskalationsbedingungen von Konflikten und die Entstehung und Verfestigung von Terrorismus von erheblicher Bedeutung sein. Sie ist aber nur begrenzt möglich, solange die Akten unzugänglich sind.

### 9. Gewaltprävention als zivilisatorische Aufgabe

Außergewöhnliche Einwanderung erschüttert die „Normalität“, den „common sense“ (Alfred Schütz) zumal in Milieus, die sich über nachbarschaftliche oder ethnische Zugehörigkeiten definieren. Mit der globalen Integration sind aber unausweichlich Wanderungsbewegungen verbunden. Ethnische oder religiöse Vielfalt und gegensätzliche Formen der Lebensgestaltung

werden zum Dauerzustand (138). In dieser Situation kann sich die Entgegensetzung von „wir“ und „die“ bei vielen Anlässen verschärfen und generalisieren. In Deutschland wurde lange von den einen die Anerkennung des Faktums einer irreversiblen Einwanderung verweigert, von anderen deren Konflikthaftigkeit geleugnet. Damit wurde die rechtzeitige Wahrnehmung und Bearbeitung der Konflikte erschwert (233 Kap 4). In vielen politischen und ökonomischen Auseinandersetzungen kann auch heute die Karte der ethnischen oder religiösen Abwertung immer wieder ausgespielt werden. Wir sollten daher die Erfahrungen oder Konstruktionen von Fremdheit ernst nehmen, selbst wenn wir sie für „ungerechtfertigt“ halten. Wir müssen uns mit der Ideologie der völkischen Abgrenzung auseinandersetzen, die in Europa weithin neue Zustimmung findet (229; 233 Kap.5.3). Die Balance zwischen der bevorzugten Solidarität mit den uns „Nahestehenden“ einerseits und der Geltung der Menschenrechte als Schutz für alle andererseits, also zwischen partikularistischen und universalistischen Orientierungen kann nur in wiederkehrenden Lernprozessen stabilisiert werden (177; 202). Erfahrungen, die über den nachbarschaftlichen und Sicherheit stiftenden Umkreis hinausgehen, müssen immer wieder neu hergestellt werden. Die Chancen, solche Erfahrungen zu machen und zu kosmopolitischen Orientierungen zu finden, sind nach Bildung und Wohnort ungleich verteilt (159; 232 Kap. 5.3, Kap.6). Die Gefahr „partikularistischer Regression“ in Belastungssituationen ist daher nie auszuschließen (202).

Am Ende steht darum die Frage nach den Bedingungen von Prävention – und muss ein weites Feld in den Blick nehmen. Im Kulturvergleich zeigt sich, dass die in Europa und Nordamerika mühsam erkämpfte Kombination von Rechtsstaat, Demokratie und Menschenrechten eine evolutionstheoretisch eher unwahrscheinliche Errungenschaft der Neuzeit ist. Sie hat sich heute an der Vielfalt und Widersprüchlichkeit einer globalen Gesellschaft zu bewähren. In der Reaktion auf den islamistischen Terror ist deutlich geworden, wie schnell zivilisatorische Standards, wie etwa die Habeas-Corpus-Akte von 1679 außer Kraft gesetzt werden. Die Kapazität von Demokratie und Recht, Konflikte gewaltfrei zu regulieren, bleibt angesichts solch wachsender Herausforderungen prekär (233 Kap. 8). Keine der generalisierten politischen und ökonomischen Ideologien, die das zwanzigste Jahrhundert bestimmt haben, sondern nur ein Bildungsprogramm empathischer Perspektivenübernahme sowie die schrittweise Bearbeitung von einzelnen Konflikten und schließlich der Kampf gegen die Reduktion politischer Beziehungen auf Freund und Feind dürften den Weg weisen. Darum hoffe ich, dass die Dynamik gesellschaftlicher Konflikte weiter erforscht wird und

wünsche mir, dass Psychoanalyse, Sozialpsychologie, Ethnologie und Soziologie sowie Geschichts- und Politikwissenschaft gemeinsam daran arbeiten.